

Innenminister Beuth im Gespräch mit der führenden Gewerkschaft ver.di

Am Freitag, den 15.01.2016 trafen sich Innenminister Beuth und der Abteilungsleiter I beim HMLuS, Herr Gortner sowie Ministerialrat Herr Seifner mit unserem hessischen Landesbezirksleiter Jürgen Bothner und den ver.di-Spitzenfunktionären Erik Brumm und Rainer Lach.

Wichtige Themen waren unter anderen der Ablauf der nächsten Besoldungserhöhung, die ruhegehaltstfähige Erhöhung der Zulage für „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ und die Stärkung der Verwaltung insbesondere in der Flüchtlingssituation.

Beuth kündigte an, dass die geplante **1%-Besoldungserhöhung** zum 01.07.2016 – frühestens im 2. Quartal – als Gesetzentwurf vorliegen wird. Abweichungen, wie etwa eine Erhöhung zu einem früheren Zeitpunkt, ein Vorschlag Jürgen Bothners, wurden mit dem Hinweis auf die Koalitionsvereinbarung ausgeschlossen.

Nach Ansicht von Minister Beuth wird mit der 1%- Erhöhung eine maßvolle, im Ländervergleich überdurchschnittliche und juristisch haltbare Erhöhung vorliegen. Jedoch ließ der Minister offen, ob der Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der nicht vorhersehbaren Flüchtlingsthematik, auch in der vorgelegten Form umgesetzt werde. Bothner, Brumm und Lach gaben zu verstehen, dass BeamtInnen in Hessen durch die ihrer Meinung nach sture Haltung in punkto Besoldung vor den Kopf gestoßen werden und die immer noch vorhandene Restmotivation bei der Feuerwehr, Kommunalverwaltung und vielen anderen Stellen auf null sinken wird. Bothner hält eine Besoldungserhöhung von einem Prozent für nicht hinnehmbar. Er sagte, ver.di werde ihre Möglichkeiten nutzen.



Foto: Poser/vl.n.r.:Innenminister Peter Beuth, ver.di Landesbezirksleiter Jürgen Bothner, BeamtInnensekretärin Rebecca Liebig, Beamtenuausschussvorsitzender Rainer Lach, Frankfurts Feuerwehr-Personalratsvorsitzender Erik Brumm.

Zum Thema ruhegehaltstfähige Erhöhung der Erschwerniszulage erklärte Minister Beuth, dies einzuführen, sei ohne finanzielle Beteiligung der Kommunen nicht möglich. Bothner schlägt einen runden Tisch mit den Kommunen vor, um Sondierungsgespräche zu führen. Beuth wird diesen Vorschlag intern diskutieren und uns ein Feedback geben. Bothner sagte, dies wäre ein kleiner, aber wichtiger Schritt.

Beuth lobte das offene Gespräch und betonte, für ihn sei die Gewerkschaft ver.di Ansprechpartnerin bei diesen Themen. Er gab zu verstehen, dass durch die besonnene und geschickte Arbeit unserer Gewerkschaft einiges im Jahr 2015 erreicht wurde, was in diesem Umfang nicht geplant war, wie z. B. die Änderung des HPVG.